

Lobgesänge von SP und Grünen

Der Ständerat ist längst keine bürgerliche Festung mehr. Eine Bilanz der zu Ende gegangenen Sommersession zeigt: Die einst besonnene «Chambre de réflexion» ist zu einem Vollzugsorgan links-grüner und etatistischer Anliegen geworden.

Von Philipp Gut



•
Philipp Gut

Es war einmal ein bürgerlicher Ständerat. Die Kleine Kammer galt einst als Bollwerk der - Solidschweiz, ihr kam die Aufgabe zu, die Entscheide des eher unberechenbaren Nationalrats zu korrigieren und realitätsferne linke Anliegen zu versenken. Zum Wohl des Landes.

Das war einmal. Die letzte Woche zu Ende gegangene Sommersession zeigt eindrücklich, dass der Ständerat seine Funktion als besonnenes Gegengewicht zum Nationalrat immer seltener wahrnimmt. Im Gegenteil: Bei manchen Entscheiden geht er noch weiter. Wer mehr staatliche Kontrolle, mehr Steuern und mehr Bürokratie will, stösst bei den Ständevertretern auf offene Ohren. Linke und grüne Anliegen, die früher hochkant gescheitert wären, kommen anstandslos und locker durch. Die vielzitierte «chambre de réflexion» gleicht immer häufiger einem Vollzugsorgan der real regierenden Mitte-links-Koalition. Beispiele aus der aktuellen Sommersession bieten sich zuhauf.

Gegen Bausparen — Am vergangenen Freitag sprach sich der Ständerat dagegen aus, das Bausparen zu fördern und Hausbesitzer und Familien steuerlich zu entlasten. Anders als der Nationalrat lehnte er einen indirekten Gegenvorschlag zu den Initiativen des Hauseigentümerverbandes (HEV) und der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) ab.

Die Reaktionen zeigen deutlich, welchem politischen Lager der Entscheid entgegenkam. Er sei über den Beschluss «sehr enttäuscht», schrieb der bürgerlich geprägte Hauseigentümerverband. Jubelgesänge gab es dafür auf der Linken. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband zeigte sich «erfreut». «Erfolg für die SP: Neues Steuerschlupfloch verhindert», frohlockten die Sozialdemokraten. Der Ständerat, jubelte die SP, sei erfolgreich «zur Räson gebracht» worden.

Velohelm-Pflicht — Ganz auf dem links-grünen Verbotsfad bewegt sich der Ständerat in der Verkehrspolitik. Entgegen der Empfehlung seiner eigenen Kommission will er für Kinder unter vierzehn Jahren das Tragen von Velohelmen zur Pflicht machen. Er folgt damit dem Bundesrat und dem ausufernden Massnahmenkatalog, der unter dem Namen «Via sicura» durch Bundesbern geistert und noch von Moritz Leuenberger (SP) angeschoben worden war.

Freiheitsstrafen für Schnellfahrer — Ebenfalls weiter als der Bundesrat ging die Kleine Kammer bei der Ahndung von Geschwindigkeitsübertretungen. Mit Blick auf die «Raser-Initiative» wollte die Regierung für Schnellfahrer Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verhängen. Der Ständerat dehnte das Strafmass auf vier Jahre aus, und er legte detailliert fest, für welche Tempoüberschreitungen Gefängnisstrafen drohen. Wer auf der Autobahn über 200 km/h fährt, soll zwingend hinter Gitter, unabhängig von Verkehrsaufkommen, Wetter und Sichtverhältnissen. «Weniger Freiheit, mehr Staat»: Nach diesem Motto scheint der Ständerat zu handeln, nicht nur in der Verkehrspolitik.

Subventionen an allen Fronten — In Zeiten rekordhoher Staatsverschuldung – die Gesamtschuld der öffentlichen Haushalte liegt in der Schweiz bei über 209 Milliarden Franken – könnte es eine der vornehmsten Aufgaben des Ständerats sein, die Ausgaben zu reduzieren und Schulden abzubauen.

Doch davon wollen die Ständevertreter offenbar nichts wissen. Die Sommersession 2011 war ein Festival der Mehrausgaben und Subventionen an allen Fronten. Stärker subventioniert werden sollen beispielsweise die Kultur (38,6 Millionen Franken mehr), die Sicherheitsforschung an der ETH (26,4 Millionen), die Weiterbildung (1,5 Millionen) und der Export von Vieh (plus zirka 4 Millionen).

11,2 Milliarden für die Armee — Bemerkenswert bleibt, dass der Ständerat fast systematisch bei allen finanzpolitisch relevanten Geschäften über die Vorlagen des Bundesrats und die Beschlüsse des Nationalrats hinausgeht. Besonders viel Geld will er in die Armee investieren. Während der Bundesrat die Ausgaben auf 4,4 Milliarden Franken begrenzen wollte, strebt der Ständerat ein Jahresbudget von rund 5 Milliarden an. Für fehlende Ausrüstung will er weitere 1,2 Milliarden Franken sprechen. Noch einmal 5 Milliarden darf der Kauf neuer Kampfjets kosten.

Sympathien für die EU — Wäre der Ständerat eine bürgerliche Festung, müsste ihm die Verteidigung und Stärkung der schweizerischen Souveränität eines der wichtigsten Anliegen sein. Offensichtlich ist das nicht der Fall. Ein Vorstoss von Maximilian Reimann (SVP), das nach wie vor in Brüssel liegende Gesuch um einen Beitritt der Schweiz zur EU zurückzuziehen, verwarf der Ständerat mit erdrückender Mehrheit. Neben den SVP-Vertretern stimmte nur der Tessiner CVP-Mann Filippo Lombardi für den Rückzug.

38:0 für den Feminismus — Erstaunlich, um ein letztes Beispiel zu nennen, ist das Abstimmungsresultat bei dem neuen Namensrecht. Das feministische Anliegen, wonach Frauen und Kinder heissen können, wie sie wollen, kam mit einem glatten 38 : 0 durch. Vor wenigen Jahren wäre das wohl noch undenkbar gewesen. Auch gesellschaftspolitisch scheint der Ständerat jede konservative Erdung aufgeben zu haben.

Die Beispiele sind nicht abschliessend, die Liste liesse sich durchaus noch verlängern. Man denke nur aktuell an die strenge Regulierung für Grossbanken, an den einschneidenden CO2-Beschluss in der Frühjahrsession («erfreut über die Konsequenz des Ständerats» war damals der links-grüne VCS) oder an die Erhöhung der Entwicklungshilfe.

Bürgerliche Insider bestätigen den Trend. Er habe eine «starke Entwicklung Richtung links» miterlebt, sagt der Bündner SVP-Ständerat Christoffel Brändli, der im Herbst nach sechzehn Jahren in der Kleinen Kammer abtritt. Neuerdings gebe es auch in Kommissionen Mehrheiten «eher links der Mitte». Sein Aargauer Parteikollege Maximilian Reimann, ebenfalls seit 1995 dabei, lokalisiert den markantesten Wandel im Welschland. Einst eine Hochburg der Radikal-Liberalen, entsende die Romandie in jüngster Zeit fast nur noch linke bis linksliberale Politiker ins Stöckli. Nachgelassen habe der Sukkurs für eine bürgerliche Politik auch bei der CVP. Ein «rechtes Schwergewicht» wie den Appenzeller Carlo Schmid suche man heute vergebens, so Reimann.

«Wie eine grosse Schulklasse»

Die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz sieht es naturgemäss anders. FDP und CVP hätten immer noch eine «satte Mehrheit», betont sie. Wobei sich fragt, ob die Parlamentarier dieser Parteien wirklich und in jedem Fall bürgerliche Politik betreiben. SP-Frau Fetz jedenfalls ist es wohl in der Kleinen Kammer: «Im Ständerat wird rhetorisch mit dem Florett gekämpft, nicht mit dem Vorschlaghammer.» Der «menschliche Umgang» sei ein ganz anderer. «Man kennt sich», sagt die frühere Nationalrätin: «Der Ständerat ist wie eine grosse Schulklasse.»

Das im Ständeratssaal oft zu hörende Eigenlob, wonach man «lösungsorientiert» über die Parteigrenzen hinweg politisiere, mag ein Mythos sein. Sicher bleibt: «Staatstragend» ist der Ständerat vor allem in dem Sinn, dass er scheinbar hemmungslos Mehrausgaben beschliesst und immer mehr Verantwortung vom Bürger an den Staat delegiert. Linke und etatistische Anliegen haben es in der Kleinen Kammer so leicht wie noch nie.